



CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im Rat
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im
Rat der Stadt
Wuppertal

DIE LINKE.

Fraktion DIE LINKE. im
Rat der Stadt Wuppertal



Wählergemeinschaft
für Wuppertal
WfW-Fraktion
im
Rat der Stadt
Wuppertal

Vorsitzender des Ausschusses für Soziales,
Familie und Gesundheit

Herr Arnold Norkowsky

Datum

14.03.2012

Gemeinsamer Antrag

Drucks. Nr.

VO/0177/12
öffentlich

Zur Sitzung am
19.04.2012

Gremium
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Resolution an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sehr geehrter Herr Norkowsky,

die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE und WfW beantragen, der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit möge beschließen, folgende Resolution an die Bundesministerien für Arbeit und Soziales, Frau Dr. von der Leyen, zu richten:

Sehr geehrte Frau von der Leyen,

der Sozialausschuss der Stadt Wuppertal begrüßt die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien im Bildungsbereich. Eine gute Bildung eröffnet Chancen für die Perspektiven der Kinder und Jugendlichen. Die Mitglieder des Ausschusses halten jedoch die Bedingungen für die Gewährung von Mitteln beim Bildungs- und Teilhabepaket bei der Lernförderung für zu restriktiv. Auch sind die bürokratischen Hürden des vom Bund auferlegten Bildungs- und Teilhabepaket für die Antragsteller in diesem Bereich zu hoch.

Gefördert wird hier nur ein Minimalziel wie das Erreichen des Klassenziels oder eines Schulabschlusses. Daher richtet der Sozialausschuss des Rates der Stadt Wuppertal den Appell an Sie, die Anspruchsvoraussetzungen für die Lernförderung so zu erweitern, dass zum einen das Verfahren auf eventuell unnötige bürokratische Hürden für die Antragsteller überprüft wird und zum anderen durch gezielte Förderung auch ein der Begabung/den Fähigkeiten entsprechender höherer Bildungsabschluss erreicht werden kann. Es darf nicht sein, dass Kinder zurückbleiben, weil ihre Eltern finanziell nicht in der Lage sind, das Potenzial der Kinder zu fördern. Es ist nicht richtig, dass das Einkommen der Eltern über die schulische Zukunft unserer Kinder entscheidet. Es ist für uns unverzichtbar, gleiche Bildungs-

und Förderungschancen zu gewähren. Ziel sollte es sein, die Potenziale von Kindern zu erkennen und sie dahingehend zu unterstützen, dass sie einen möglichst guten Bildungsabschluss erreichen können. Profitieren werden nicht nur die geförderten Kinder und Jugendliche, sondern letztendlich unsere ganze Gesellschaft, da Bildung und Kinder das Kapital unserer Zukunft sind.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wessel (CDU
Grünen)

Thomas Kring (SPD)

Ilona Schäfer (Bündnis 90/Die
Grünen)

Eva Schroeder (FDP)

Petra Mahmoudi (DIE LINKE)

Kirsten Kroll (WfW)